

Juristische Kurz-Lehrbücher

Finanzverfassungsrecht

Ein Studienbuch

von
Prof. Dr. Michael Kloepfer

1. Auflage

Finanzverfassungsrecht – Kloepfer

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Staatsrecht, Staatslehre



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 63923 4

beck-shop.de

Kurzlehrbücher
für das Juristische Studium

Kloepfer
Finanzverfassungsrecht
mit Haushaltsverfassungsrecht

beck-shop.de

beck-shop.de

Finanzverfassungsrecht mit Haushaltsverfassungsrecht

Ein Studienbuch

von

Dr. Michael Kloepfer

Professor em. an der Humboldt-Universität zu Berlin

2014

C. H. BECK 

beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 978 3 406 63923 4

© 2014 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhemstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Ginge es bei der verfassungsrechtlichen Ausbildung im Jurastudium nach der politischen und praktischen Relevanz von Verfassungsrecht, müsste das Finanz- und Haushaltsverfassungsrecht eine Kernmaterie der verfassungsrechtlichen Ausbildung sein. Es gibt kaum eine andere verfassungsrechtliche Materie, in der so erbittert gestritten und bei der so oft die Verfassung geändert wurde wie im Finanz- und Haushaltsverfassungsrecht. Es geht in diesem Rechtsgebiet um Geld und damit auch um Macht im Staat. Insbesondere der Bundesstaat in Deutschland erhält durch die Finanzverfassung sein unverwechselbares Gesicht. Nicht ohne Grund hat in den letzten Jahren in der öffentlichen Wahrnehmung und im politischen Geschäft das Amt des Bundesfinanzministers dem des Außenministers als wichtigstem Regierungsmitglied neben der Kanzlerin scheinbar den Rang abgelaufen.

Trotz seiner großen praktischen und wirtschaftlichen Bedeutung spielt das Finanz- und Haushaltsverfassungsrecht in der juristischen Ausbildung bisher bestenfalls eine Statistenrolle: „Zum Prüfungsstoff der Pflichtfächer gehören [...] Staatsrecht, jedoch ohne Notstands- und Finanzverfassungsrecht“. Dieser Satz, welcher sich so oder so ähnlich nicht nur in der Berliner Juristenausbildungsordnung, sondern in den Ausbildungsordnungen aller Bundesländer findet, hat insoweit zu einer bedauernswerten Diskrepanz zwischen praktisch-politischer Verfassungsrelevanz und der juristischen Ausbildung im Verfassungsrecht geführt. Das ist nicht ohne Auswirkung auf die Ausbildungsliteratur im Finanz- und Haushaltsverfassungsrecht geblieben (vgl. S. VII). Bis auf das zuletzt im Jahre 2000 erschienene anerkannte Lehrbuch von *Hans-Günter Henneke* „Öffentliches Finanzwesen. Finanzverfassung“ (2. Aufl. 2000) (das sich zudem nicht mit dem Haushaltsverfassungsrecht befasst) herrscht nahezu eine völlige Leere bezüglich der Lehrbuchliteratur im Finanz- und Haushaltsverfassungsrecht. Diesem Mangel will das vorliegende Kurzlehrbuch abhelfen.

Das vorliegende Buch ist in etwa drei Jahrzehnten – freilich mit einigen längeren Unterbrechungen – aus den Skripten zu meiner Vorlesung im Finanz- und Haushaltsverfassungsrecht in Trier und Berlin entstanden. Eine Reihe von Mitarbeitern haben mir während dieses langen Entstehungsprozesses zu unterschiedlichen Zeiten immer wieder wertvolle Unterstützung geleistet. Dafür danke ich allen sehr. Namentlich erwähnen möchte ich Martin Schulte für die Trierer Zeit sowie Dr. Mirko Zorn und Dr. Gregor Kutzschbach nach dem Jahre 2000 in Berlin. Den erfolgreichen Durchbruch und Abschluss ab etwa 2012 verdanke ich dem unermüdlichen und kenntnisreichen Einsatz meines Assistenten Norman Reich. Auch Dr. Holger Greve sowie Privatdozent Dr. Kai von Lewinski haben wichtige Unterstützung geleistet. Bei den technisch-redaktionellen Schlussarbeiten haben meine studentischen Hilfskräfte wichtige Hilfsarbeiten geleistet. Danken möchte ich insbesondere cand. iur. Malte Preuß für die Erstellung des Abkürzungsverzeichnisses und stud. iur. Daniel Hillus für die Erstellung des Findex.

Das Buch berücksichtigt den Rechtsstand Ende 2013. Insbesondere die – bis dahin beschlossenen – Maßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Euro-Krise sind umfassend berücksichtigt. Insgesamt steht allerdings zu befürchten, dass die schnellen und oft hektischen Reaktionen der Politik und des Rechts auf die Finanzkrise, die

Euro-Krise und die Überschuldungsproblematik im In- und Ausland relativ bald dazu führen werden, dass manche Aussagen im Buch schon in wenigen Jahren teilweise überholt sein werden. Darüber hinaus tritt zum 31. Dezember 2019 das Finanzausgleichsgesetz (FAG) außer Kraft (vgl. § 20 FAG), der Solidarpakt II läuft aus und die Übergangsfrist für die Länder zur Schuldenbremse endet (Art. 143d Abs. 1 S. 3 GG). Spätestens dann wird eine Neuauflage erforderlich sein. Es steht allerdings zu hoffen, dass wesentliche in diesem Buch geschilderte bzw. erarbeitete Strukturen auch bewegte Zeiten und substantielle Änderungen des Grundgesetzes und des EU-Rechts überdauern werden.

Angesichts des bisherigen weitgehenden Vakuums einschlägiger Lehrbuchliteratur zum Finanz- und Haushaltsverfassungsrecht ist die Vorlage dieses Buches gewiss ein Wagnis. Aber ohne solche Wagnisse sind Fortschritte in der rechtswissenschaftlichen Forschung und Lehre kaum zu erreichen. Wenn dieses Buch dazu beitragen könnte, Studierende für das Finanz- und Haushaltsverfassungsrecht zu interessieren und vielleicht sogar den ein oder anderen dafür zu begeistern, wäre schon viel gewonnen.

Anregungen, Kritik und Korrekturen sind willkommen (Prof. em. Dr. Michael Kloepfer, Humboldt-Universität zu Berlin, Juristische Fakultät, Hausvogteiplatz 5–7, 10099 Berlin; michael.kloepfer@rewi.hu-berlin.de).

Berlin, im Januar 2014

Michael Kloepfer

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturhinweise	XXVII

Erster Teil. Grundlagen

§ 1. Einführung	1
-----------------------	---

Zweiter Teil. Finanzverfassung

§ 2. Materiell-rechtliche Grundlagen der Finanzgesetzgebung	13
§ 3. Ausgabenverteilung und Finanzhilfen (Art. 104 a f.; 91 a ff. GG)	72
§ 4. Steuergesetzgebungskompetenzen (Art. 105 GG)	118
§ 5. Steuerverteilung, Finanzausgleich (Art. 106, 107 GG)	138
§ 6. Steuerverwaltung und Finanzgerichtsbarkeit (Art. 108 GG)	198

Dritter Teil. Haushaltsverfassung

§ 7. Grundlagen der Haushaltsverfassung	215
§ 8. Bundesstaatliche Haushaltswirtschaft (Art. 109 GG)	225
§ 9. Haushaltsnotlagen, Stabilitätsrat (Art. 109 a GG)	312
§ 10. Haushaltsgesetzgebung des Bundes (Art. 110 GG)	322
§ 11. Ausgabensteigerungen, Einnahmeminderungen (Art. 113 GG)	351
§ 12. Kreditaufnahme, Bürgschafts-, Garantie- und Gewährleistungübernahme des Bundes (Art. 115 GG)	360
§ 13. Nothaushalt (Art. 111 GG)	390
§ 14. Haushaltsüberschreitung (Art. 112 GG)	401
§ 15. Finanzkontrolle (Art. 114 GG)	411

Vierter Teil. Europäische Finanzordnung

§ 16. Finanz- und Haushaltsverfassung der Europäischen Union	434
Sachverzeichnis	457

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturhinweise	XXVII

Erster Teil. Grundlagen

§ 1. Einführung	1
A. Einleitung	1
I. Finanz- und Steuerstaat	1
II. Steuern und Abgaben in der Wissenschaft	3
III. Geschichte der Steuern und Abgaben	4
B. Finanzverfassung des Grundgesetzes	5
I. Begriff der Finanzverfassung	6
II. Systematik des X. Abschnitts des GG („Das Finanzwesen“)	7
III. Relevante Vorschriften des GG außerhalb des X. Abschnitts	8
IV. Finanzverfassungsrecht im Bundesstaat und in der Europäischen Integration	9
C. Finanzverfassungsrecht in der juristischen Ausbildung	9

Zweiter Teil. Finanzverfassung

§ 2. Materiell-rechtliche Grundlagen der Finanzgesetzgebung	13
A. Allgemeines	14
B. Steuerbegriff und System der öffentlichen Abgaben	15
I. Grundsätzliches	15
II. Steuern	16
1. Allgemeines	16
2. Zwecksteuern	20
III. Nichtsteuerliche Abgaben	21
1. Allgemeines	21
2. Gebühren	21
3. Beiträge	25
4. Sonderabgaben	27
5. Verleihungsabgaben	33
6. Sonstige Abgaben	34
7. Sozialversicherungsbeiträge	35
C. Begrenzungsfunktion der Staatsstrukturprinzipien	36
I. Rechtsstaat, Demokratie	36
1. Gesetzesvorbehalt	36
2. Gesetzesbindung der Verwaltung	37
3. Rückwirkungsverbot	38
4. Bestimmtheitsgebot, Normenklarheit	40
5. Übermaßverbot, Missbrauchsverbot	41
II. Sozialstaatsprinzip	42

D. Grundrechte als Begrenzungs- und Steuerungsinstrument der Abgabengesetzgebung	43
I. Allgemeines	43
II. Eigentumsfreiheit (Art. 14 Abs. 1 GG)	44
1. Abgaben als Eingriff in das Eigentumsgrundrecht	45
2. Eingriffsbegrenzungen	47
a) Verbot der Erdrosselungssteuer	47
b) Halbteilungsgrundsatz	47
III. Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	48
1. Abgaben als Eingriff in die Berufsfreiheit	48
2. Eingriffsbegrenzungen	49
IV. Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	50
V. Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG)	51
VI. Allgemeiner Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	53
1. Allgemeines	53
2. Typisierung und Pauschalisierung	55
3. Steuergerechtigkeit und Leistungsfähigkeitsprinzip	55
4. Systemgerechtigkeit	57
5. Rechtssetzungs- und Rechtsanwendungsgleichheit	58
6. Wettbewerbsneutralität und Schutz vor Steuerumgehungen	59
7. Auswirkungen auf bestimmte Abgabearten	60
a) Einkommensteuer	60
b) Vermögensteuer	63
c) Indirekte Steuern (insbes. Umsatzsteuer)	64
d) Nichtsteuerliche Abgaben	65
E. Europarechtliche Vorgaben	66
I. Direkte Regelungen mit Steuerbezug	67
II. Anwendungsvorrang des Europarechts	69
§ 3. Ausgabenverteilung und Finanzhilfen (Art. 104 a f.; 91 a ff. GG)	72
A. Allgemeines	73
B. Grundsätzliche Ausgabenkompetenz: Konnexitätsprinzip (Art. 104 a Abs. 1 GG)	75
C. Ausnahmen vom Konnexitätsprinzip	84
I. Durchbrechungen in Art. 104 a GG	84
1. Auftragsverwaltung (Art. 104 a Abs. 2)	84
2. Geld- und Sachleistungsgesetze (Art. 104 a Abs. 3 und 4 GG)	85
II. Finanzhilfen des Bundes (Art. 104 b GG)	90
1. Grundsätzliches	90
2. Voraussetzungen	92
3. Förderziele	94
4. Umsetzung durch Gesetz oder Verwaltungsvereinbarung	97
5. Vermeidung schematisch verfestigter Förderungen	98
III. Gemeinschaftsaufgaben und Verwaltungszusammenarbeit	99
1. Arten der Kooperation	99
2. Obligatorische Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91 a GG)	100
a) Gegenstand der Gemeinschaftsaufgaben	100
b) Art und Weise des Zusammenwirkens	101

c) Grundvoraussetzungen	103
d) Vorgaben für die Finanzierung	104
3. Fakultative Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91 b GG)	105
a) Gegenstand der Gemeinschaftsaufgaben	105
b) Vorgaben für die Finanzierung	106
4. Verwaltungszusammenarbeit (Art. 91 c, Art. 91 d GG)	107
5. Gemeinsame Einrichtungen für die Grundsicherung von Arbeitsuchenden (Art. 91 e GG)	108
6. Sonstige Kooperationen	109
a) Gegenstand der Kooperationen	109
b) Vorgaben für die Finanzierung	110
c) Sonderfall Stabilitätsrat	110
d) Weitere Fälle	110
D. Ausgabenkompetenz für Verwaltungsausgaben	111
E. Bundesstaatliche Haftung	112
I. Haftung für Verstöße gegen nationales Recht	112
II. Haftung für Verstöße gegen europäisches und internationales Recht	115
1. Verursacherprinzip als Grundregel	116
2. Länderübergreifende Finanzkorrekturen	117
3. Währungsrechtliche Sanktionen (Art. 109 Abs. 5 GG)	117
III. Vollstreckung	118
§ 4. Steuergesetzgebungskompetenzen (Art. 105 GG)	118
A. Bedeutung und Anwendungsbereich von Art. 105 GG	120
B. Steuergesetzgebungskompetenzen im Einzelnen	124
I. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 105 Abs. 1 GG)	124
1. Zölle	124
2. Finanzmonopole	126
II. Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 105 Abs. 2 GG)	129
III. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz der Länder (Art. 105 Abs. 2a GG)	131
1. Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern	131
2. Steuersatz der Grunderwerbsteuer (Art. 105 Abs. 2a S. 2 GG)	135
3. Kirchensteuer	136
IV. Zustimmungserfordernis des Bundesrates (Art. 105 Abs. 3 GG)	136
V. Steuererfindungsrecht	137
§ 5. Steuerverteilung, Finanzausgleich (Art. 106, 107 GG)	138
A. Wesen und Struktur des Finanzausgleichs	141
I. Allgemeines	141
II. Mehrstufiges Finanzausgleichssystem	142
III. Maßstäbe der Steuerverteilung	145
B. Steuerertragsaufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (Art. 106 GG)	148
I. Allgemeines	148
1. Bedeutung und Anwendungsbereich von Art. 106 GG	148

2. Steuersystematik des Art. 106 GG	149
3. Ertragsaufteilung	150
II. Vollständige Ertragshoheit des Bundes (Art. 106 Abs. 1 GG)	152
III. Vollständige Ertragshoheit der Länder (Art. 106 Abs. 2 GG)	155
IV. Gemeinsame Ertragshoheit von Bund und Ländern (Art. 106 Abs. 3 und 4 GG)	158
1. Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer	159
2. Verteilung der Umsatzsteuer	160
a) Allgemeines	160
b) Gleichmäßiger Anspruch auf Deckung (Art. 106 Abs. 3 S. 4 Nr. 1 GG)	162
c) Abstimmung der Deckungsbedürfnisse von Bund und Ländern (Art. 106 Abs. 3 S. 4 Nr. 2 GG)	164
d) Familienlastenausgleich (Art. 106 Abs. 3 S. 5 u. 6 GG)	164
e) Revisionsklausel (Art. 106 Abs. 4 S. 1 GG)	165
V. Ertragshoheit der Gemeinden (Art. 106 Abs. 5 bis 7 GG)	166
1. Stellung der kommunalen Körperschaften im System der Steuerertragshoheit	166
2. Einkommensteuer (Art. 106 Abs. 5 GG)	168
3. Umsatzsteuer (Art. 106 Abs. 5a GG)	170
4. Realsteuern, örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern (Art. 106 Abs. 6 GG)	170
a) Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer)	170
b) Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern	172
c) Umlage	172
5. Gemeinschaftsteuern (Art. 106 Abs. 7 GG)	173
VI. Bundeszuschuss für den öffentlichen Personennahverkehr (Art. 106a GG)	174
VII. Bundeszuschuss als Ausgleich für die Übertragung der Ertragshoheit an der Kfz-Steuer (Art. 106b GG)	176
C. Horizontale Steuerertragsaufteilung und Länderfinanzausgleich (Art. 107 Abs. 1 u. Abs. 2 S. 1 u. 2 GG)	177
I. Allgemeines	177
II. Horizontale Steuerertragsaufteilung (Art. 107 Abs. 1 GG)	178
1. Örtliches Aufkommen (Art. 107 Abs. 1 S. 1 GG)	179
2. Abgrenzung und Zerlegung des örtlichen Aufkommens (Art. 107 Abs. 1 S. 2 u. 3 GG)	179
3. Verteilung des Umsatzsteueraufkommens (Art. 107 Abs. 1 S. 4 GG)	181
4. Ergänzungsanteile (Art. 107 Abs. 1 S. 4 Hs. 2 GG)	181
III. Länderfinanzausgleich i. e. S. (Art. 107 Abs. 2 S. 1 u. 2 GG)	182
1. Allgemeines	182
2. Begriff der Finanzkraft	183
3. Angemessenheit des Ausgleichs	186
D. Modifikationen des Finanzausgleichs mit Bundesmitteln	188
I. Mehrbelastungsausgleich (Art. 106 Abs. 4 S. 2, 3 GG)	188
II. Sonderlastenausgleich (Art. 106 Abs. 8 GG)	190
III. Bundesergänzungszuweisungen (Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG)	194

1. Funktion der Bundesergänzungszuweisungen	194
2. Leistungsschwäche als Voraussetzung	195
3. Zweckbindungsverbot	197
4. Föderatives Gleichbehandlungsgebot	197
5. Bundeshilfen bei Haushaltsnotlagen	198
§ 6. Steuerverwaltung und Finanzgerichtsbarkeit (Art. 108 GG)	198
A. Allgemeines	199
B. Aufbau der Finanzverwaltung	201
I. Allgemeines	201
II. Finanzverwaltung des Bundes	204
III. Finanzverwaltung der Länder	206
C. Gegenstände der Finanzverwaltungskompetenzen von Bund und Ländern	206
I. Finanzverwaltung des Bundes	207
II. Finanzverwaltung der Länder	207
III. Modifikationen der Steuerverwaltungskompetenzen (Art. 108 Abs. 4 GG)	208
D. Verwaltungsverfahren	210
E. Finanzgerichtsbarkeit	213

Dritter Teil. Haushaltsverfassung

§ 7. Grundlagen der Haushaltsverfassung	215
A. Vorbemerkungen	216
B. Funktionen des öffentlichen Haushalts	217
C. Entwicklung des Haushaltsrechts in Deutschland	219
D. Rechtsquellen des Haushaltsrechts	222
§ 8. Bundesstaatliche Haushaltswirtschaft (Art. 109 GG)	225
A. Allgemeine Bedeutung der bundesstaatlichen Haushaltswirtschaft	227
B. Grundsatz der haushaltswirtschaftlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit (Art. 109 Abs. 1 GG)	229
I. Öffentliche Haushaltswirtschaft	229
II. Selbständigkeit und Unabhängigkeit	229
III. Ausnahmen vom Grundsatz der Haushaltstrennung	232
1. Beschränkungen auf der Einnahmenseite	232
a) Beschränkungen durch die Besteuerungshoheit nach Art. 105 GG	233
b) Beschränkung durch den bundesstaatlichen Finanzausgleich	233
c) Beschränkung durch die Schuldenbremse	233
2. Beschränkungen auf der Ausgabenseite	234
a) Abhängigkeit vom Konnexitätsgrundsatz des Art. 104a Abs. 1 GG	234
b) Beschränkungen durch ausnahmsweise zulässige Mischverwaltung	234
3. Beschränkungen durch koordinierte Globalsteuerung	236
C. Europäische Stabilitätskriterien und Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (Art. 109 Abs. 2 GG)	236

I.	Europarechtliche Vorgaben für die Haushaltsdisziplin	237
1.	Allgemeines	237
2.	Europarechtliche Verschuldungsgrenzen	238
a)	Gemeinsame Wirtschaftspolitik	238
b)	Euro-Rettung	239
c)	Vorgaben zur Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten	242
aa)	Primärrecht (Art. 126 AEUV)	242
bb)	Stabilitäts- und Wachstumspakt	245
(1)	Präventiver Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes	247
(2)	Korrektiver Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes	249
(3)	Verschuldungsgrenzen für die Mitgliedstaaten	250
3.	Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (VSKS, Fiskalpakt)	252
4.	Innerstaatliche Haftung bei Verstößen gegen Art. 126 AEUV	256
II.	Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht	257
1.	Konzept der Globalsteuerung	257
2.	Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht	260
3.	Instrumente der Konjunktursteuerung	263
4.	Grenzen der Konjunktursteuerung	265
5.	Rechtspflicht	267
6.	Justitiabilität	268
D.	Grundsatz materiell ausgeglichener Haushalte (Schuldenbremse, Art. 109 Abs. 3 GG)	269
I.	Allgemeines	270
II.	Verfassungsrechtliche Entwicklung	272
III.	Anwendungsbereich des Art. 109 Abs. 3 GG	275
IV.	Einnahmen aus Krediten	276
1.	Verfassungsrechtlicher Kreditbegriff	277
2.	Abgrenzung der Einnahmen aus Krediten	278
V.	Grundsatz des materiellen Haushaltsausgleichs	279
VI.	Durchbrechungen des Grundsatzes	280
1.	Begrenzte strukturelle Neuverschuldung zu Gunsten des Bundes	280
a)	Verfassungsmäßigkeit des Verschuldungsverbotes für die Länder	281
b)	Verfassungsmäßigkeit der Schlechterstellung der Länder	283
2.	Konjunkturkomponente	285
VII.	Naturkatastrophen, außergewöhnliche Notsituationen	288
1.	Anwendungsbereich, Begriffe	288
2.	Grenzen, Verfahren	292
E.	Übergangsregelungen zur Schuldenbremse (Art. 143d GG)	293
I.	Allgemeines	293
II.	Übergangsregime für den Bund	294
III.	Übergangsregime für die Länder	297
IV.	Konsolidierungshilfen	298
F.	Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Haushaltsgrundsätzerecht (Art. 109 Abs. 4 GG)	305

I. Allgemeines	305
II. Art. 109 Abs. 4 GG als Grundsatzgesetzgebung	306
III. Gebundenes Haushaltsrecht	309
IV. Konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft	310
V. Mehrjährige Finanzplanung	310
G. Restriktionen der Kreditaufnahme und Konjunkturausgleichsrücklagen nach altem Recht (Art. 109 Abs. 4 GG a. F.)	311
§ 9. Haushaltsnotlagen, Stabilitätsrat (Art. 109a GG)	312
A. Bundeshilfen bei Haushaltsnotlagen	312
I. Begriffe	313
1. Drohende Haushaltsnotlage	313
2. Extreme Haushaltsnotlage	314
II. Sanierungshilfen bei extremen Haushaltsnotlagen	315
III. Stabilitätsrat, Vermeidung von Haushaltsnotlagen	317
B. Exkurs: Staatsbankrott	320
I. Allgemeines	320
II. Völkerrechtliche Aspekte	320
III. Innerstaatliche Aspekte	321
§ 10. Haushaltsgesetzgebung des Bundes (Art. 110 GG)	322
A. Allgemeines	322
B. Haushaltsplan	323
I. Haushaltsgrundsätze	323
1. Vollständigkeit	324
2. Haushaltseinheit	327
3. Gesamtdeckung	328
4. Periodizität	328
5. Vorherigkeit	329
6. Spezialität	331
7. Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit	333
8. Öffentlichkeit	335
9. Ausgeglichenheit	335
10. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	336
II. Aufbau und Gliederung des Haushaltsplans	337
C. Haushaltsgesetz	340
D. Haushaltsverfahren und Haushaltskreislauf	344
I. Haushaltsaufstellung	344
II. Feststellung des Haushaltsplans	346
III. Haushaltsvollzug	348
IV. Haushaltskontrolle und Entlastung	349
E. Bepackungsverbot	350
§ 11. Ausgabensteigerungen, Einnahmeminderungen (Art. 113 GG)	351
A. Allgemeines	351
B. Einzelfragen	354
I. Anwendungsbereich	354
II. Entscheidung, gerichtliche Kontrolle	357
III. Verfahren und Form	358

§ 12. Kreditaufnahme, Bürgschafts-, Garantie- und Gewährleistungsübernahme des Bundes (Art. 115 GG)	360
A. Allgemeines	361
B. Anwendungsbereich des Art. 115 GG	362
I. Normadressaten des Art. 115 GG	362
II. Verfassungsrechtlicher Kreditbegriff	363
III. Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen	367
C. Gesetzliche Kreditermächtigung	368
I. Allgemeines	368
II. Fortgeltende Kreditermächtigungen	371
III. Sonderformen der Kreditermächtigung	373
D. Grenzen der Kreditaufnahme	374
I. Grundsatz materiell ausgeglichener Haushalte	374
II. Durchbrechungen des Grundsatzes materiell ausgeglichener Haushalte	374
1. Begrenzte strukturelle Neuverschuldung zu Gunsten des Bundes	374
2. Konjunkturkomponente	375
III. Naturkatastrophen, außergewöhnliche Notsituationen	376
IV. Vollzug der Schuldenbremse	377
V. Einfachgesetzliche Ausgestaltung	377
1. Konjunkturkomponente	377
2. Naturkatastrophen, außergewöhnliche Notsituationen	380
3. Vollzug der Schuldenbremse	380
VI. Kritik und Diskussion	382
1. Altschulden	382
2. Gewährleistungen	383
E. Vollzug von Kreditermächtigungen und Gewährleistungsübernahmen	384
F. Fehler und Fehlerfolgen	386
G. Rechtsschutz	388
§ 13. Nothaushalt (Art. 111 GG)	390
A. Allgemeines	390
B. Einzelfragen	395
I. Zeitlicher Anwendungsbereich	395
II. Umfang der Ermächtigung	396
1. Allgemeines	396
2. Notwendige Ausgaben	396
3. Einnahmen	400
§ 14. Haushaltsüberschreitung (Art. 112 GG)	401
A. Allgemeines	401
B. Einzelfragen	402
I. Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben	402
II. Unvorhergesehenes und unabweisbares Bedürfnis	405
III. Rechtsstellung des Bundesfinanzministers	406
IV. Regelungsvorbehalt des Art. 112 S. 3 GG	409
§ 15. Finanzkontrolle (Art. 114 GG)	411
A. Allgemeines	412
B. Rechnungslegung	416

I. Übersicht	416
II. Haushaltsrechnung	417
III. Vermögensrechnung	418
C. Prüfung der Ordnungsmäßigkeit, Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit	419
I. Rechnerische Richtigkeit	419
II. Rechtmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung	420
1. Vereinbarkeit des Haushaltsvollzugs mit dem Haushaltsplan	420
2. Rechtmäßigkeit	420
3. Verfassungsmäßigkeit des Haushaltsgesetzes	420
III. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Haushaltsführung	421
1. Allgemeines	421
2. Wirtschaftlichkeit i. e. S.	422
3. Sparsamkeit	423
D. Bundesrechnungshof	424
I. Stellung und Organisation	424
II. Aufgaben	426
1. Allgemeines	426
2. Prüfungsgegenstände	427
E. Entlastung durch Bundestag und Bundesrat	431

Vierter Teil. Europäische Finanzordnung

§ 16. Finanz- und Haushaltsverfassung der Europäischen Union	434
A. Allgemeines	435
B. Einnahmen der Europäischen Union	436
I. Eigenmittelsystem	436
1. Entstehung und Begriff	436
2. Eigenmittelarten	437
3. Beschlussverfahren	440
4. Erhebung der Eigenmittel	441
II. Sonstige Einnahmen	441
III. Reform des Finanzierungssystems	443
C. Haushalt der Europäischen Union	443
I. Haushaltsplan	444
II. Haushaltsgrundsätze	446
III. Haushaltsverfahren	449
IV. Berichtigungshaushalt	452
V. Nothaushaltsrecht	452
VI. Haushaltsvollzug	452
VII. Rechnungsprüfung und Entlastung	454
VIII. Europäischer Rechnungshof	455
Sachverzeichnis	457

beck-shop.de